

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/68

Bonn, den 9. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Zur Problematik der Viererwahlgreise 43

Auf der Suche nach dem Stein der Weisen

Von Dr. Hans Apel, MdB

2 - 3 Gretchenfrage Mitbestimmung 75

Mit Doppelspiel ist niemand gedient

4 - 5 Volkstribun, Politiker und Staatsmann 67

Wilhelm Keil, Vorbild für unsere Jugend

Von Fritz Ulrich, Staatsminister a.D., Baden-Württemberg

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Selbstbestimmung für alle Deutschen
Aufruf zur nationalen Solidarität
Leistungsgesetz und 20. LAG-Novelle
"Vertriebenenpolitik bedarf menschlich warmer Töne"
Zweiter Fünfjahresplan hat Ziel nicht erreicht
Ehrung und Würdigung von Paul Löbe
Dank den sudetendeutschen Sozialdemokraten
Wenzel-Jaksch-Plakette

* * *

Zur Problematik der Viererwahlkreise

Auf der Suche nach dem Stein der Weisen

Von Dr. Hans Apel, MdB

In der Diskussion um eine etwaige Wahlrechtsreform gewinnt in den letzten Wochen zunehmend der Vorschlag an Freunden, unser gegenwärtiges Wahlrecht durch eine Wahl in sogenannten Viererwahlkreisen zu ersetzen. Danach würden a) 500 Bundestagsabgeordnete in 125 Großwahlkreisen aufgrund von Parteilisten nach d'Hondt gewählt werden, b) die Wähler durch Ankreuzen eines der Parteikandidaten selbst über die Person der gewählten Abgeordneten mitbestimmen.

Zu diesem Vorschlag ist kritisch folgendes festzustellen:

1. Dieser Wahlmodus muß die CDU-Herrschaft in unserem Lande auf unbestimmte Zeit zementieren. Nimmt man an, daß 10 Prozent der Stimmen auf andere als die beiden großen Parteien entfallen würden, so würden in den meisten Viererwahlkreisen die Mandate zwischen CDU und SPD im Verhältnis 2 : 2 verteilt werden. Erst wenn eine Partei über 54 Prozent erhält, die andere also unter 36 Prozent fällt, würde das Verhältnis 3 : 1 sein.

1965 eroberten CDU/CSU und SPD zusammen 145 sichere Wahlkreise. Diese Hochburgen verteilen sich wie folgt.

	CDU/CSU	SPD
50 - 60 Prozent	67	34
60 - 70 Prozent	34	2
über 70 Prozent	8	-
	<hr/>	<hr/>
zusammen	109	36

Damit wird deutlich, daß die auf lange Zeit noch uneinnehmbaren Positionen der CDU/CSU in Niederbayern, der Pfalz, in Teilen Oldenburgs und anderswo ihr für absehbare Zeit bei diesem Wahlmodus einen sicheren Vorsprung geben würden und ihre Macht in Bonn zementieren müßte.

2. Dieser Wahlmodus sichert keineswegs die von mir unter "1" angenommene Entwicklung zum Zweiparteiensystem. Schon mit einem Stimmenanteil ab 16 - 18 Prozent ist es für eine Partei in einem Viererwahlkreis durchaus möglich, eins von den vier Mandaten zu erhalten und damit in Bonn entscheidend mitzusprechen.

3. Der Vorschlag, daß der Wähler aus der Liste der Parteikandidaten im Viererwahlkreis durch Ankreuzen einen wirksam auswählen kann, würde dazu führen, daß sich die Kandidaten einer Partei auch untereinander Konkurrenz machen. Wenn aus einer Parteiliste von vier oder sechs Bewerbern nur einer oder zwei gewählt werden können, wird sich jeder gegenüber seinen Partei-Mitbewerbern rücksichtslos in Position setzen wollen. Dieses Verfahren funktioniert bei Gemeinderatswahlen, nicht aber für nationale Wahlen in Großwahlkreisen. - Konsequenz: Der Stein der Weisen ist immer noch nicht gefunden. Meiner Meinung nach ist das relative Mehrheitswahlrecht mit einer Bundesliste (Huckepackverfahren) wesentlich besser als dieser Vorschlag zur Wahlrechtsreform, obwohl er zweifelsohne auch positive Aspekte hat.

Gretchenfrage Mitbestimmung

Mit Doppelspiel ist niemand gedient

sp - Im Lager der Unionsparteien, vor allem im "Wirtschaftsrat der CDU e.V.", haben sich in den letzten Tagen Stimmen vernehmen lassen, die in der Tatsache, daß der - völlig souveräne Nürnberger Bundesparteitag der SPD - sich für eine Initiative in den Bereich der paritätischen Mitbestimmung aussprach, einen Verstoß gegen die Koalitionsabsprachen sehen wollen. Und es wird gleichzeitig der Anschein erweckt, als habe die SPD sich nur zum verlängerten Arm der Gewerkschaften gemacht, weil sie sich nicht ebenso unverbindlich äußerte wie der Entwurf für ein CDU-Aktionsprogramm: "Die Mitbestimmung in der Montanindustrie, die die Arbeitnehmer in besonderer Weise auch an wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen beteiligt, darf nicht beschränkt werden. Ob eine Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf andere Großunternehmen möglich und sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden."

Auf Arbeitnehmerveranstaltungen der CDU-Sozialausschüsse hört man es übrigens ganz anders. In der Offenburger Erklärung der Sozialausschüsse heißt es z.B.:

- * "Vor der Arbeitnehmerschaft als größter und tragender Schicht
- * wird ein hohes Maß an Mitverantwortung für das Geschehen in unserer Gesellschaft erwartet. Mitverantwortung bedingt Mitbestimmung. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft setzen sich für eine Fortentwicklung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers in Fragen, die ihn persönlich betreffen, Ausbau der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, gleichberechtigte Stellung der Arbeit in den Aufsichtsbereichen der Großunternehmen, ein."

Und Karl-Heinz Hofmann, der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, erklärte am 13. Januar 1968 auf der Bundeskonferenz der den Sozialausschüssen angehörenden Betriebsräte in Rüsselsheim:

- * "Die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts ist nicht mehr aufzukosten. Sie ist die zwangsläufige Folge einer modernen Wirtschaftsverfassung. Die Verwirklichung der Mitbestimmung ist nur noch Frage des Zeitpunktes ihrer Einrichtung. Die Arbeitgeber mögen zwar die Mitbestimmung um ein oder mehrere Jahre verhindern, sie befinden sich jedoch heute schon auf dem Rückzug. Soll die Entwicklung nicht über sie hinweggehen, müssen sie sich mit den Gewerkschaften und Parteien zusammensetzen, um eine gemeinsame Lösung, die allen dient, zu finden."

- * Die Sozialausschüsse bereiten gemäß des Auftrages der 12. Bundes-
- * tagung von Offenburg einen eigenen Mitbestimmungsvorschlag vor,
- * den der Arbeitskreis Mitbestimmung in den nächsten Wochen dem
- * Bundesvorstand der Sozialausschüsse zur Beschlussfassung überge-
- * ben wird.

- * In diesen Vorschlag sind die Verbesserung der Rechte des einzel-
- * nen Arbeitnehmers, eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes
- * mit besseren Mitbestimmungsrechten für die Betriebsräte bei Ent-
- * lassungen, in Fragen der Automation und Rationalisierung sowie
- * der wirtschaftlichen Mitbestimmung und der überbetrieblichen Mit-
- * bestimmung vorgesehen."

Diese Betriebsrätekonferenz stand übrigens von A bis Z im Zeichen der erweiterten Mitbestimmung! Nur ein einziger Delegierter machte Bedenken geltend. Bundesarbeitsminister Katzer unterstützte die Wünsche der Sprecher ebenfalls und versicherte, daß die von der Bundesregierung bestellte Sachverständigen-Kommission zur Mitbestimmungsfrage keine "Vertagung auf den St.-Nimmerleins-Tag" bedeute. Das Gutachten sollte vielmehr die "Voraussetzungen schaffen für eine vorurteilsfreie, wenn sie wollen - ideologiefreie - Lösung".

Aber Herr Katzer fügte auch hinzu, daß die Arbeiten der von der Bundesregierung bestellten Kommission die Sozialausschüsse nicht der Verantwortung enthebe, "im Gegenteil, es erfordert unsere ständige Arbeit an dieser zentralen Frage unserer Gesellschaftspolitik".

Die SPD, die schon im Godesberger Programm ein klares Bekenntnis zur Mitbestimmung abgelegt hat, hat sich im gesellschaftspolitischen Bereich noch immer als Motor und nicht als Bremser betätigt. Sie läßt sich deshalb ihre - über den Alltag der Großen Koalition hinausreichenden - Zielsetzungen auch nicht in Tempo und Inhalt von konservativen Bremsern vorschreiben. Schon gar nicht vom "Wirtschaftsrat der CDU e.V.", der keine Gliederung der Union ist, sondern eben nur ein einflußreicher (weil finanzstarker) eingetragener Verein, dem auch wirtschaftlich interessierte Nichtmitglieder angehören können.

Da aber die Sprecher des "linken" CDU-Flügels, der Sozialausschüsse, in den Gewerkschaften und in den Betrieben, immer wieder so tun, als ob sie im Namen der CDU die Ausweitung der Mitbestimmung verlangten, kann es nur nützlich und heilsam sein, wenn es eines Tages "zum Schwarz" kommt. Mit einem Doppelspiel ist niemandem gedient.

Volkstribun, Politiker und Staatsmann

Wilhelm Keil, Vorbild für unsere Jugend

Von Fritz Ulrich, Staatsminister a.D., Baden-Württemberg

Kurz vor seinem 98. Geburtstag (24. Juli 1968) hat der Nestor der sozialdemokratischen Journalisten, Politiker und Parlamentarier, die müde und schwach gewordenen Augen für immer geschlossen. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der achtzig lange und ereignisreiche Jahre für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in vorderster Front gewirkt hat.

Noch während des Bismarck'schen Sozialistengesetzes schloß der 18-jährige Drechslergeselle sich der noch verbotenen und verfolgten, im Untergrund illegal tätigen Sozialdemokratischen Partei und dem Holzarbeiterverband an. In Nauheim, wo der in Helsa bei Kassel geborene Wilhelm Keil nach mehrjährigen Wanderungen landete, entfaltete er nach dem Fall des Sozialistengesetzes eine rege agitatorische Tätigkeit. Dies trug dem temperamentvollen Streiter Maßregelung und Schwarze Liste ein.

Als Wanderredner für seine Gewerkschaft und Hilfsarbeiter in deren Zentralbüro lernte er Land und Leute in dem etwas liberaleren Südwestdeutschland kennen. Gelegentliche Berichte an SPD-Zeitungen ließen seine journalistische Begabung erkennen. Man berief ihn 1895 in die Redaktion der "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart, dem Landesorgan der Sozialdemokraten Württembergs. In ihr stritt er mit scharfer Feder - nur durch eine dreijährige Ministerzeit unterbrochen - bis zum Verbot der angesehenen Zeitung durch die nazistischen Volksverderber im Jahre 1933 für Freiheit und Fortschritt, für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Als fleißiger Versammlungsredner entwickelte sich der Maßpreuße zu einem guten Schwaben. Von 1900 bis 1952 - unterbrochen durch die Hitlerjahre - war Wilhelm Keil Abgeordneter des Landtages von Württemberg bzw. Württemberg-Baden, von 1910 bis 1932 als Doppelmandatsträger Abgeordneter des Deutschen Reichstages. In beiden Parlamenten gehörte er zu den Arbeitsbienen. Er war sach- und fachkundiger Spezialist in Etat-, Finanz- und Steuerfragen, gehörte aber auch zu den Vätern der Verfassungen seines Heimatlandes und von Weimar.

Natürliche Würde und demokratische Popularität strahlte Wilhelm

Keil als langjähriger Präsident des Stuttgarter Landtages aus. Mit geistreichen Witz und Humor pflegte er in dieser Rolle auch kritische Augenblicke zu meistern und Ordnung und Harmonie zu erwirken. In führender Position hat Wilhelm Keil erfolgreich bei den für andere Bundesländer vorbildlichen Verfassungs-, Schul- und Verwaltungsreformen im württembergischen Landtag mitgearbeitet. Auch im Reichstag war er sachkundiger Sprecher der Fraktion zu Haushalts-, Finanz- und Steuerfragen.

Nach dem Ersten Weltkrieg war Wilhelm Keil drei Jahre Arbeits- und Wirtschaftsminister des Landes Württemberg. In diesen Amt hat er wesentlich zur Heilung der Kriegswunden und der üblen Folgen der Inflation beigetragen.

Auch als Schriftsteller ist Wilhelm Keil hervorgetreten. Als die Nazis ihn durch Gesetz- und Verfassungsbruch aus dem Parlament und durch Verbot der "Schwäbischen Tagwacht" aus der Redaktion verbannten, schrieb er zwei Buchbände Lebenserinnerungen. Sie beinhalten nicht nur eine Schilderung des persönlichen Wirkens, sondern eine gründliche und kritische Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung vor und nach der Jahrhundertwende aus sozialdemokratischer Sicht.

Die obligaten Schikanen und Verfolgungen durch die braunen Machthaber konnten Wilhelm Keils Treue zu den Idealen des demokratischen Sozialismus nicht erschüttern. Als 1945 die faschistische Gewaltherrschaft und der verbrecherisch inszenierte Hitlerkrieg in einen Meer von Blut und Tränen versanken, trat der 75-jährige Wilhelm Keil nochmals in die politische Arena. Als Landtagspräsident und versierter Vorsitzender des Verfassungsausschusses wirkte er entscheidend mit beim Neuaufbau einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung und unserer durch Krieg und brutale Gewaltherrschaft verwüsteten Kultur und Wirtschaft.

Bis in die letzten Tage seines reicherfüllten Lebens hat Wilhelm Keil mit der ihm eigenen kritischen Art das öffentliche Leben und das Wirken der Sozialdemokratischen Partei verfolgt und vielen jüngeren Freunden gute Ratschläge auf den Weg gegeben. Mit Wilhelm Keil ist ein Volkstribun, Politiker und Staatsmann dahingegangen, der sich um sein Vaterland verdient gemacht hat und der ein Vorbild für unsere Jugend war.